Nr. 30. + 26. Jahrgang

Berlin, 27. Juli 1918

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 1 Mk. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg. Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Oeffentlich-rechtliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung.

R. W. Der Arbeitskammergesetzentwurf, über dessen gegenwärtigen Stand wir in Nr. 29 der „Holzarbeiter-Zeitung" berichteten, will den Arbeitern eine öffentlich-rechtliche Interessenvertretung schaffen. Was ist das? Auch die Gewerkschaftsorganisationen dienen der Interessenvertretung der Arbeiter. Worin liegt der Unterschied? Weshalb zweierlei in ihrem Aufbau ganz verschieden gestaltete Organisationen zur Interessenvertretung der Arbeiterschaft? Fragen dieser Art hört man unter der Arbeiterschaft recht häufig. Ein klares Bild der hier in Betracht kommenden Rechts- und Sachlage besteht also nicht. Daher erscheint eine Darlegung derselben recht zweckmäßig.

Unter öffentlich-rechtlichen Körperschaften sind staatlich organisierte Körperschaften zu verstehen, deren Aufgabenkreis je nach dem Zweck, den sie erfüllen sollen, gesetzlich umgrenzt ist. Genau das gleiche gilt von öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen. Auch sie sind zu bestimmten Aufgaben staatlich organisierte öffentlich-rechtliche Körperschaften. Wir haben deren in Deutschland der verschiedensten Art: Handels- und Gewerbekammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern, Aerzte- und Anwaltskammern usw. Abgesehen von Kammern der letzterwähnten Art, die die Interessen der ganz speziellen Fachkreise, für die sie errichtet sind, zu vertreten haben, liegt den Kammern die Wahrnehmung der gesamten Interessen von Handel und Industrie, des Handwerks oder der Landwirtschaft des Bezirks ob, für den sie gebildet sind. Sie haben darauf bezügliche Wünsche und Anträge aus eigener Initiative oder auf behördliche Aufforderung der Verwaltung zur Kenntnis zu bringen, sie fortlaufend über den Zustand des von ihnen vertretenen Wirtschaftsgebiets zu informieren und sonstige ihnen speziell zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.

Ihre Wirksamkeit ist eine recht umfangreiche und erhebliche gewesen. Sie haben Einfluß erlangt auf staatliche Maßnahmen der verschiedensten Art auf den für sie in Betracht kommenden Gebieten. Viel größer ist das Gewicht der Gutachten und Wünsche dieser öffentlich-rechtlichen Interessenvertretung als der irgendeiner Privatperson oder auch einer sonstigen privaten Interessenvertretung, wie sie z. B. in den wirtschaftlichen Organisationen dieser Bevölkerungskreise zu verzeichnen sind. Spricht doch die Vermutung dafür, daß sie das Für und Wider einer Sache nach allen Richtungen unparteiisch abgewogen und geklärt haben. Daher ist ihr Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung ein recht großer. Aber nicht nur direkt, auch mittelbar ist es der Fall. Sie geben den ihnen nahestehenden parlamentarischen Vertretern die Unterlagen, an Hand derer diesen die wirksame Vertretung ihrer speziellen Interessen möglich ist.

Wenn zu den Interessen des von einer Kammer vertretenen Wirtschaftsgebiets auch die besonderen Interessen der in diesem Wirtschaftsgebiet tätigen Arbeitnehmer gehören, so ist doch heute kein Mensch so töricht, zu glauben, daß diese besonderen Interessen der Arbeitnehmer in den bestehenden Kammern eine auch nur annähernde, geschweige denn eine gebührende Berücksichtigung fänden. Die Kammern sind ganz auf die Arbeitgeberinteressen zugeschnitten, und wo es, wie z. B. in Bayern, möglich ist, daß auch Angestellte an den Beratungen der Handelskammern teilnehmen können, ist diese Scheinvertretung natürlich ganz wirkungslos geblieben; die Angestellten haben sie in der Erkenntnis dieser Wirkungslosigkeit auch ganz unberücksichtigt gelassen.

Ganz naturgemäß ist mit dem Anwachsen der Arbeiterbewegung auch in dieser der Wunsch nach einer Interessenvertretung öffentlich-rechtlicher Art rege geworden. Seit nunmehr fast einem Menschenalter erscheint die Forderung nach ihnen regelmäßig in den Sitzungssälen der Parlamente. Die verschiedensten Gestaltungsvorschläge sind zu ihrer Verwirklichung gemacht worden. Je nachdem man die Hauptaufgaben der gesetzlichen Interessenvertretung auf dem einen oder dem anderen Gebiet sieht, sind auch die Vorschläge zu ihrer Gestaltung verschieden. Sieht man sie in der Vermittlungstätigkeit bei Arbeitsstreitigkeiten und Streiks, in der Pflege der Arbeitsstatistik, in der Vertretung gemeinsamer Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Gebiet der Produktion oder Konsumtion usw., wird die Forderung nach Arbeitskammern die gegebene sein; sieht man sie ausschließlich in der Geltendmachung von Wünschen und Forderungen im Interesse der Arbeitnehmer, dann die nach Arbeiterkammern. Um Fragen prinzipieller Art handelt es sich freilich nicht. Das Programm der Sozialdemokratischen Partei fordert Arbeitskammern; der Kölner Gewerkschaftskongreß hat 1905 Arbeiterkammern verlangt. Aber wie auch die Kammer eingerichtet ist, ein wirklicher Leben wird in ihr nur gedeihen, wenn sie in den Organisationen der Arbeiter wurzelt, in enger Verbindung mit ihnen steht und aus ihnen die Kräfte saugt, die aus dem engen Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Leben erwachsen. Der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes, den Ende vergangenen Jahres die vier hauptsächlichsten Gewerkschaftsgruppen an Reichstag und Bundesrat richteten, sieht dem Namen nach Arbeitskammern vor, in Wirklichkeit verbindet er Arbeitskammern mit Arbeiterkammern, denn die Arbeitnehmer einer Kammer sollen in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die für die Arbeitnehmer allein von Bedeutung sind, allein beraten und beschließen.

Sicher ist die Bedeutung einer öffentlich-rechtlichen Interessenvertretung der Arbeiterschaft mit dem Anwachsen der politischen Organisationen und der parlamentarischen Vertretung und vor allem der gewerkschaftlichen Organisationen eine minder wichtige, als sie es vor zwei oder drei Jahrzehnten gewesen wäre, immerhin erwächst dieser Vertretung noch heute eine Reihe wichtiger Aufgaben. Man braucht nur den Blick auf die zukünftige Zeit zu lenken, um das sofort zu erkennen.

Wir werden in der kommenden Friedenszeit — und auch schon in der nächsten Uebergangszeit — auf den verschiedensten Gebieten unseres Wirtschaftslebens vor Entscheidungen schwerwiegendster Art gestellt sein. Nehmen wir den Fall der Verstaatlichung irgendeines Wirtschaftszweiges, wie wir sie jetzt mit der Verstaatlichung des Großhandels in Spiritus und der Erzeugung chemischen Spiritus erlebt haben. Angelegenheiten solcher Art werden natürlich auch in den heute bestehenden Interessenvertretungen erörtert werden. Wer wahrt die Interessen der Arbeiter? Natürlich die parlamentarische Vertretung! Zu beachten ist jedoch, daß die Vertretung dieser Interessen im vorbereitenden Stadium einer gesetzlichen Aktion von eminenter Wichtigkeit ist. Dieser Vertretung werden sich die bestehenden wirtschaftlichen Organisationen annehmen und sie bis ins einzelne wirksam zu gestalten versuchen. Trotzdem ist mit Sicherheit zu erwarten, daß dadurch diese Interessen nicht gebührend gewahrt werden, da ja den wirtschaftlichen Organisationen die nähere oder rechtzeitige Kenntnis irgendeines Planes der Regierung fehlen wird. — Da oft die Arbeiterinteressen denen der Unternehmer diametral entgegengesetzt sein werden — sie brauchen es nicht unter allen Umständen zu sein —, ist eine öffentlich-rechtliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft von Bedeutung für solche Angelegenheiten, wie sie von der Zukunft zu regeln sind. Für den Unternehmer werden die leitenden Motive für seine Stellungnahme zumeist die des Warenherstellers sein. Der Arbeiter ist nicht nur Warenhersteller, sondern auch Konsument. Der Unternehmer zwar auch, doch stehen seine Konsumenteninteressen hinter denen als Warenhersteller weit zurück. Beim Arbeiter wird es meist umgekehrt sein. So würde also wahrscheinlich gerade in der nächsten Zukunft eine öffentlich-rechtliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft nicht unwichtig sein.

Mit diesen Darlegungen über den Aufgabenkreis einer öffentlich-rechtlichen Interessenvertretung haben wir nun auch schon zugleich den Unterschied zwischen ihr und den gewerkschaftlichen Interessenvertretungen aufgedeckt.

Bei den Aufgaben der öffentlich-rechtlichen Interessenvertretung handelt es sich im wesentlichen um solche, die auf dem Gebiet der Gesetzgebung und der Verwaltung liegen; sie sind im wesentlichen vorbereitender Art; sie dienen einer zukünftigen Besserstellung der Arbeiterschaft. Das ist nicht ausschließlich der Fall; die Förderung des gewerblichen Einigungswesens dient z. B. auch der Hebung der Lage der Arbeiterschaft in der Gegenwart. Die Förderung des Tarifvertragswesens, des nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweises, Maßnahmen, die der Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeiter dienen, Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte kommen ganz oder zum Teil der Gegenwart zugute. Aber sie stehen gegenüber den erstgenannten Aufgaben erst in zweiter Linie.

Anders die Aufgaben der gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Die letztere lenkt ihren Blick auch auf die Zukunft, sucht auch ihr vorzuarbeiten. Doch ihre Hauptaufgabe liegt in der Gegenwart. Das bestehende auf das geltende Recht sich stützende Arbeitsverhältnis sucht sie zu verbessern durch eine ihren Mitgliedern zugute kommende günstigere Gestaltung der Arbeitsbedingungen: Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Verhältnisse, unter denen die Arbeit geleistet wird, höheren Lohn. Um den aus der Arbeit fließenden Mehrwert ringt sie mit dem Unternehmer, seinen Anteil will sie vermindern, den ihrer Mitglieder vergrößern. Durch Verhandlung von Macht zu Macht, im Notfall im Kampf mit den Unternehmern, sucht sie ihr Ziel zu erreichen.

So bleibt den wirtschaftlichen Organisationen, den Gewerkschaften, der Aufgabenkreis, wie er bisher war; er wird nicht verkleinert oder in der Wirksamkeit verringert durch eine neu hinzukommende öffentlich-rechtliche Interessenvertretung. Darum aber auch darf die Agitation für die gewerkschaftlichen Organisationen nicht geringer werden. Sie werden für die Arbeiter immer das Primäre, die Hauptinteressenvertretung sein. Und dann auch: Sie sollen ja der öffentlich-rechtlichen Interessenvertretung Leben und Wirksamkeit geben.

Organisierung der Kriegsteilnehmer.

Als Vereine zur Sammlung der ehemaligen Soldaten kamen bis zum Ausbruch des Krieges nur die sogenannten Kriegervereine in Betracht. Es gab und gibt wohl noch derer verschiedene Sorten, doch sind die Unterschiede für Fernstehende schwer zu erkennen. Nur soviel steht fest, daß die Kriegervereine in dem vielgestaltigen deutschen Vereinsleben eine recht unerfreuliche Erscheinung sind. Trotz der hochmögenden und einflußreichen Gönner, deren sie sich erfreuen; ja, zu einem erheblichen Maße gerade deswegen. Die Kriegervereine pflegten einen etwas sehr turbulenten Hurrapatriotismus, der Menschen mit feiner entwickeltem Empfinden abstieß. Ihre eigentlichen Macher und Hintermänner betrachten sie als Instrumente zur Erzielung günstiger Wahlen im Sinne der herrschenden Gewalten. Die erzreaktionäre Politik, die in den Kriegervereinen betrieben wird, bezeichnen sie selbst als Pflege des Patriotismus, und sie nennen sich unpolitische Vereine. Doch ist dieser Deckmantel nicht dicht genug, um nicht die wahre Gestalt der Kriegervereine darunter zu erkennen.

Unter anderen Verhältnissen hätte vielleicht das ungeheure Heeresaufgebot das natürliche Rekrutierungsgebiet der Kriegervereine gewaltig zu steigern vermocht. Auf die breite Masse des politisch reifen Volkes, aus welcher sich jetzt das Heer zusammensetzt, können aber die Kriegervereine in ihrer seitherigen Verfassung keine Anziehungskraft ausüben. Dagegen haben sich Vereine gebildet, die die Kameradschaftlichkeit unter den ehemaligen Kriegsteilnehmern ohne kriegervereinliches Brimborium pflegen wollen. Ihnen strömen auch zahlreiche Mitglieder zu, trotz der krampfhaften Bemühungen, die man von einflußreichen Stellen unternimmt, den Kriegervereinen ihre Stellung zu sichern und ihnen Mitglieder zuzuführen.

Diese Vereine der Kriegsteilnehmer haben sich die Pflege sozialer Ziele zur besonderen Aufgabe gemacht. Sie wollen den Kriegsbeschädigten bei der Geltendmachung ihrer Ansprüche behilflich sein, wollen auch die Gesetzgebung dahin beeinflussen, daß sie sich der Opfer des Krieges mit größerem Wohlwollen annehme. Auch den unverletzten Kriegsteilnehmern sollen diese Vereine offenstehen als Stellen, an denen sie im Kreise Gleichgesinnter Erinnerungen austauschen können. Der bedeutendste dieser Vereine ist der „Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer". Auf dem ersten Bundestag, den er zu Ostern 1918 in Weimar abgehalten hat, konnte festgestellt werden, daß dem Bund in 200 Ortsgruppen 25 000 Mitglieder angehören. Mit anderen Kriegsbeschädigtenorganisationen, die in Weimar vertreten waren, wurde eine Verschmelzung in die Wege geleitet. Hinsichtlich des Hamburger Bundes der Kriegsbeschädigten scheint übrigens die Verschmelzung nachher auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein. Der Reichsbund befleißigt sich absoluter politischer Neutralität, er hat aber ein lebhaftes Bedürfnis, mit den Gewerkschaften aller Richtungen engere Beziehungen zu unterhalten. Auf der Weimarer Tagung hatte sich die Generalkommission vertreten lassen, nachdem eine Vorständekonferenz ihr eine solche Vertretung anheimgestellt, im übrigen aber ausgesprochen hatte, daß sie es ablehne, zu dem Bund in befürwortendem oder ablehnendem Sinne Stellung zu nehmen. Die gleichfalls eingeladenen christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine waren der Weimarer Tagung ferngeblieben.

Inzwischen sind noch einige neue Vereine gegründet worden. Man braucht auf diese Organisationen im einzelnen nicht einzugehen. Ein Blick auf die Liste der Gründer läßt erkennen, daß man der in weiteren Kreisen herrschenden Abneigung gegen die Kriegervereine Rechnung tragen möchte. Man will nicht für Kriegervereine, sondern für neue Vereine werben. Ueber kurz oder lang können diese dann den Anschluß an die Kriegervereine sanft und geräuschlos beschließen. Diese Gründungen berühren uns nicht weiter und ebensowenig der gelbe Essener Verband wirtschaftlicher Vereinigungen. Es gehört eben zum Wesen der Gelben, daß sie für ihre Zwecke besondere Vereine haben müssen, und schließlich ist es auch ganz angebracht, daß Leute mit gelber Gesinnung in eigenen Organisationen zusammengehalten werden.

Interessant ist es aber, daß jetzt die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen gemeinsam einen eigenen Verband der Kriegsbeschädigten und der Kriegsteilnehmer ins Leben gerufen haben. In der Antwort auf die Einladung zu der erwähnten Weimarer Tagung hatte sich Stegerwald namens der christlichen Gewerkschaften gegen die Gründung von besonderen Kriegsbeschädigtenorganisationen ausgesprochen. Die Hirsch-Dunckerschen hatten die Einladung zunächst angenommen. Sie haben dann wohl einen Wink bekommen und abgeschrieben mit dem Bemerken, daß es besonderer Vereinigungen für Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte nicht bedürfe. Inzwischen hat der Reichsbund wiederholt versucht, engere Beziehungen zu den Zentralen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen anzuknüpfen, die Christlichen lehnten ab. In einem Brief vom 20. April erklärt Stegerwald, daß der Umstand, daß in der Organisation Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte dauernd einheitlich zusammengefaßt werden sollen, ent-

scheidend sei für die Nichtbeteiligung der christlichen Gewerkschaften. — Wenige Wochen später gründen Christliche und Hirsch-Duncker-sche eine eigene Organisation nach dem Muster des Reichsbundes.

Man kann es begreifen, daß der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer über die bewiesene Unaufrichtigkeit und Hinterhältigkeit ungehalten ist. Daß ihm hier eine Konkurrenz erwächst, die er nicht erwartet hat, berührt uns weniger, denn die absolute Neutralitätserklärung der Gewerkschaftsvorstände gegenüber dem Reichsbund ist durchaus ernst gemeint und sachlich gerechtfertigt. Die Gewerkschaften haben keinerlei Beziehungen zu dem Reichsbund. So ist auch dem „Correspondenzblatt" der Generalkommission durchaus beizupflichten, wenn es in der umfangreichen Abhandlung über den gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege sagt: „Es bedarf einer besonderen Organisation der Kriegsbeschädigten nicht, weder für die Verfolgung von Rechtsansprüchen, für welche die gewerkschaftlichen Rechtsschutzeinrichtungen, namentlich die Arbeiter- und die Bezirksarbeitersekretariate, ausreichend die Möglichkeit bieten, noch für die Vertretung beruflicher oder wirtschaftlicher Ansprüche. Wenn ein Teil der Kriegsbeschädigten Anschluß an gleichgesinnte Kriegsteilnehmer sucht, um mit ihnen ihre Erfahrungen über Kriegserlebnisse und Kriegsfolgen zu tauschen, und wenn solche Organisationen, als welche für die den Gewerkschaften nahestehenden Kreise vor allem der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer in Betracht kommt, auch ihre Tätigkeit auf die Gewährung von Rechtsschutz und wirtschaftlichen Schutz wie auf die Herbeiführung sozialpolitischer Maßnahmen richten, so stehen die Gewerkschaften diesen Bestrebungen neutral gegenüber. Sie hindern weder ihre Mitglieder noch ihre Funktionäre, sich an solchen Organisationen zu beteiligen. Sie sind aber nach wie vor davon überzeugt, daß die Gewerkschaften die berufenen Organisationen sind, die Interessen der kriegsbeschädigten Arbeitnehmer zu vertreten, und sie werden in der Wahrung dieser Interessen weder erlahmen noch sich durch eine andere Organisation diese Vertretung streitig machen lassen. Sie sind dies sowohl den kriegsbeschädigten Mitgliedern als auch der Gesamtarbeiterschaft schuldig."

Das Verhalten der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Organisationen in der Frage der Organisierung der Kriegsteilnehmer und der Kriegsbeschädigten interessiert uns aus einem anderen Grunde. Es beweist, daß es unsichere Kantonisten sind, denen man nicht über den Weg trauen darf. Das ist keine neue Entdeckung. Wir haben es früher gewußt und trotzdem immer wieder mit diesen Organisationen anderer Richtung zusammen gearbeitet, wo das Interesse der Arbeiter ein solches Zusammenwirken nützlich erscheinen ließ, und soweit es an uns liegt, soll es auch künftig so gehalten werden. Aus dem Umstand, daß während des Krieges auch die Zentralstellen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sich öfters zu gemeinschaftlicher Tätigkeit zusammengefunden haben, hat an manchen Stellen zu der Meinung verleitet, als sei man bereits soweit in Deutschland, daß man an eine dauernde Verbindung zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen denken könne. Die Gründung der Christlich-Hirsch-Dunckerschen Kriegsteilnehmerorganisation und die sie begleitenden Umstände erinnern daran, daß man noch lange nicht soweit ist, und daß die kleineren Organisationsgruppen, die sonst nicht genug über Vergewaltigung klagen können, recht leicht geneigt sind, Extratouren zu tanzen. Das ist ihr gutes Recht, während es anderseits unser gutes Recht ist, aus solchen Vorgängen die Nutzanwendung zu ziehen, daß man den „Freunden" von der andern Fakultät gegenüber nie vorsichtig genug sein kann.

Soziales.

Aerzte und Krankenkassen.

Zwischen der Organisation der Aerzte und den Krankenkassen scheint ein neuer Krieg im Anzuge zu sein. Die Aerzte verlangen höhere Honorarsätze, die Vertreter der Krankenkassen führen aber den Nachweis, daß diese nicht imstande seien, die Wünsche der Aerzte zu befriedigen, ohne sich zu ruinieren. Es ist nicht ganz leicht, sich ein klares Bild von den tatsächlichen Verhältnissen zu schaffen. Natürlich werden auch die Aerzte von der allgemeinen Teurung betroffen. Im Reichstage haben die Abgeordneten Müller-Meiningen und Dr. Struve den Reichskanzler in einer kleinen Anfrage um Auskunft gebeten, was er zu tun gedenke, um der Notlage abzuhelfen, in der sich ein großer Teil der Aerzte befinde. Nähere Darlegungen über diese Notlage sind uns nicht bekanntgeworden. Dagegen ist es bekannt, daß sich infolge der Einberufung einer großen Zahl von Aerzten zum Heeresdienst die Konjunktur für die Zurückgebliebenen sehr günstig gestaltet hat. Es besteht zurzeit ein Mangel an Aerzten. Die ärztlichen Wartezimmer sind überfüllt; die Kranken müssen oft viele Stunden warten, bis sie abgefertigt werden. Dadurch steigen natürlich auch die Honorare der Aerzte. Aus einer Schrift, die der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen herausgegeben hat, ergibt sich, daß manche Kassenärzte riesige Honorare beziehen. Es werden Sätze von 22 000 Mk., 27 800 Mk., 38 000 Mk. an jährlichem Honorar genannt. In Essen erzielte ein Kassenarzt im Jahre 1917 Honorar im Betrage von 61 563 Mk.; im gleichen Bezirk erhielten drei Aerzte je 50 000 Mk. und zwei je 48 000 Mk. Das durchschnittliche Einkommen der Kassenärzte beträgt 12 000 Mk., und die Krankenkassen glauben nur solchen Aerzten eine Teurungszulage gewähren zu können, die weniger als 13 000 Mk. Honorar erzielen.

Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen hielt am 30. Juni in Weimar eine Sitzung seines Beirats ab, in welcher die Aerztefrage eine große Rolle spielte. Am Schluß dieses Jahres laufen bei den meisten Kassen die Aerzteverträge ab, und die Verhandlungen über die Erneuerung der Verträge stehen bevor. Die Aerzte fordern eine Erhöhung ihrer Gebühren um 50 Prozent. Die Krankenkassen halten diese Forderungen für unberechtigt. Sie weisen darauf hin, daß, nachdem etwa zwei Drittel der Aerzte zum Heer einberufen sind, die Einkünfte der Zurückgebliebenen sich verdoppelt haben. Neben der einträglichen Kassenpraxis haben viele Aerzte für ihre Tätigkeit in Lazaretten und für die gemeindliche Kriegerfamilienhilfe beträchtliche Nebeneinnahmen. Die Krankenkassen lehnen die Honorarforderungen der Aerzte nicht grundsätzlich ab, sie wollen aber Kriegszulagen nur in den Fällen zugestehen, wo ein wirkliches Bedürfnis dafür besteht. — Es läßt sich noch nicht absehen, auf welcher Grundlage es zu einer Verständigung zwischen Aerzten und Krankenkassen kommen wird; eine rechtzeitige Verständigung und die Verhütung eines Aerztekrieges wäre aber im Interesse der Kassenmitglieder dringend zu wünschen.

Erhöhte Postgebühren.

Zu den vom Reichstag beschlossenen Steuergesetzen gehörte auch ein Gesetz über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren, das voraussichtlich am 1. Oktober 1918 in Kraft treten und den Verkehr sehr empfindlich belasten wird. Die neue Tariferhöhung erstreckt sich zunächst auf Briefe im Orts- und Nachbarortsverkehr. Während bisher diese Briefe bis zu einem Gewicht von 250 Gramm 7½ Pf. kosteten, stellt sich in Zukunft das Porto für Briefe bis zu 20 Gramm auf 10 Pf. und für Briefe über 20 bis 250 Gramm auf 15 Pf. Auch das Porto für Postkarten im Fernverkehr erfährt eine Erhöhung, und zwar auf 10 Pf.; die Postkarte zu 7½ Pf. bleibt also nur für den Orts- und Nachbarortsverkehr bestehen. Ferner haben die Gebühren für Pakete eine abermalige Erhöhung erfahren. Pakete bis zum Gewicht von 5 Kilogramm kosteten bisher in der ersten Zone (75 Kilometer) 30 Pf., sie kosten in Zukunft 40 Pf. Für weitere Entfernungen erhöht sich das Porto von 60 auf 75 Pf. Bei einem Gewicht über 5 Kilogramm steigt das Porto in der ersten Zone bei Sendungen bis zu 6 Kilogramm von 40 auf 60 Pf.; für jedes weitere Kilogramm tritt ein Zuschlag von 5 Pf. hinzu. Auf weitere Entfernungen erhöht sich in jeder Zone das bisherige Porto um 30 Pf., wobei für jedes Kilogramm über 6 Kilogramm ein Zuschlag je nach der Zone von 10 bis 50 Pf. erhoben wird. Es kostet mithin beispielsweise ein Paket innerhalb der 6. Zone (über 1125 Kilometer) im Gewicht von 7 Kilogramm 2 Mk. Auch die Drucksachen erfahren diesmal eine Portoerhöhung. Sie kosten in Zukunft bis 50 Gramm 5 Pf., über 50 bis 100 Gramm 7½ Pf., über 100 bis 250 Gramm 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm 25 Pf., über 500 bis 1000 Gramm 35 Pf. Geschäftspapiere tragen in Zukunft bis 250 Gramm ein Porto von 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm 25 Pf., über 500 bis 1000 Gramm 35 Pf. Bei Warenproben im Gewicht bis 100 Gramm tritt keine Veränderung ein, dagegen erhöht sich für Sendungen über 100 bis 250 Gramm das Porto auf 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm auf 25 Pf. Auch für Postanweisungen werden die Gebühren erhöht. Es kostet in Zukunft eine Postanweisung bis zu 5 Mk. 15 Pf., über 5 bis 100 Mk. 25 Pf., darüber hinaus erhöhen sich die bisherigen Sätze um je 10 Pf. Ebenso hat der Telegrammverkehr erhöhte Abgaben zu tragen. Im Stadtverkehr kostet in Zukunft ein Telegramm bis zu fünf Worten 45 Pf., für jedes weitere Wort bis zu zehn Worten erhöht sich die Gebühr um 5 Pf., darüber hinaus um 3 Pf., unter Abrundung des Gesamtbetrages auf den nächsten durch 5 teilbaren Pfennigbetrag nach oben. Im Fernsprechverkehr sind die seit dem Jahre 1916 um 10 Prozent erhöhten Gebühren abermals um 10 Prozent heraufgesetzt.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Katzhütte (Gau Erfurt) wurde eine neue Zahlstelle gegründet.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 30. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

603132 Otto Beil, Hilfsarb., 28. 1. 93 zu Leipzig-Lindenau.
639675 Konr. Schneiderbanger, Bürstenarb., geb. 12. 3. 96 zu Erlangen.
759004 Paul Wischnewski, Tischl., geb. 12. 10. 85 zu Tiefenau.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Unsere Lohnbewegung.

Die Pianofortefabrikanten und die Lohnforderung der Holzarbeiter.

Die Freie Vereinigung deutscher Pianofortefabrikanten (Sitz Berlin) veröffentlicht das Protokoll ihrer Monatsversammlung vom 26. Juni, in welchem es heißt:

Zur Lohnfrage verliest Herr Manthey ein Schreiben des Holzarbeiter-Verbandes, in dem um eine Stundenlohnerhöhung von 20 Pf. ersucht wird. Demgegenüber wird zum Ausdruck gebracht, daß von den Mitgliedern der Freien Vereinigung zurzeit Löhne und Teurungszulagen

Von unserer Zeiten Schande.

Ein mecklenburgisches Kulturbild.

Vor einiger Zeit erregte die Gerichtsverhandlung gegen den mecklenburgischen Junker v. Oertzen-Roggow in ganz Deutschland begreifliches Aufsehen. Die gesamte Presse berichtete damals über die von dem Junker veranstaltete empörende Prügelszene. Ueber die vor der Strafkammer in Rostock durchgeführte Berufungsverhandlung brachte das „Hamburger Echo" den folgenden Bericht:

„Die Hände auf dem Rücken, bequem gegen den wärmenden Ofen gelehnt, so stand der mecklenburgische Junker von Oertzen vor seinen Richtern, eine Haltung, die wir keinem andern Angeklagten vor seinem Richter einzunehmen raten würden. Der Junker war bekanntlich wegen viehischer Mißhandlung eines Schnitters vom Schöffengericht Neubukow zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Gegen diese auffällig milde Strafe hatte der Amtsanwalt mit Recht Berufung eingelegt, so daß die Strafkammer zu Rostock über den skandalösen Fall entscheiden mußte. Wie wir seinerzeit berichteten, hat der Junker von Oertzen den bei ihm beschäftigten russisch-polnischen Schnitter, der dabei betroffen wurde, als er einige Aehren zerrieb und die Körner in einen Beutel steckte, sich nackt ausziehen lassen, dann an einen Baum gebunden und ihm etwa 50 Hiebe mit einer Hundepeitsche verabreicht. Die sadistische Prügelorgie und das Schreien des unglücklichen Menschen haben die Empörung eines Gutsnachbarn erregt, der dann gegen v. Oertzen Strafanzeige erstattete. Der der deutschen Sprache nicht mächtige Mißhandelte wäre gar nicht auf den Einfall gekommen, seinen Herrn zu verklagen, womit der feudale Junker auch wohl gerechnet hatte.

Die Verhandlung vor der Strafkammer ergab ein eigenartiges Bild mecklenburgischer Rechtspflege. Der Angeklagte stand bequem gegen den Ofen gelehnt. Die als Zeugen vernommenen russisch-polnischen Schnitter und der Mißhandelte wurden von dem Dolmetscher, einem Rostocker Schutzmann, beständig energisch am Rockärmel gezupft, so daß sie sich eher als Angeklagte fühlen konnten. Der Arzt, an den der Schnitter sich nach der Prügelei gewandt hatte, tritt als Sachverständiger auf. Der Mann, Dr. Deger (Neubukow), hat dem Schnitter von einer Anzeige gegen den Junker abgeraten und ihm auch keine Bescheinigung über die Art seiner Verletzungen gegeben. Als Sachverständiger sagte er aus: Die Striemen seien lange, blaue, blutunterlaufene Stellen gewesen, indessen nicht aufgeplatzt. Die Zahl der Striemen ließ sich nicht feststellen, da sie sich lang über den ganzen Rücken hinzogen.

Die auf dem Gut beschäftigten Inspektoren, Statthalter, Oberschweizer, Gutsarbeiter, Hausmädchen und Diener sowie ein Pastor stellen dem Angeklagten fast ausnahmslos ein gutes Zeugnis aus. Den Vogel schoß aber der Vertreter der Anklage, Dr. Schütze, ab, der eine glänzende Verteidigungsrede für den Angeklagten hielt, so daß der Verteidiger, Justizrat Hinrichsen (Güstrow), nicht umhin konnte, dem Staatsanwalt dafür seinen — Dank auszusprechen. Der Staatsanwalt meinte, daß die Angaben des Schnitters zu erheblichen Bedenken geführt hätten. Als festgestellt könne man heute nur ansehen, was der Angeklagte von Oertzen selber zugegeben habe. Ueber den Punkt, daß der Junker nicht im ersten Affekt sich soweit vergessen hat, den Schnitter zu prügeln, sondern erst am nächsten Tage sein — wie das Schöffengericht Neubukow es charakterisiert — unbarmherziges Vergehen ausübte, sprach Staatsanwalt Dr. Schütze so: „Am andern Morgen fällt ihm ein — herrjeh —, der Schnitter ist je so davongekommen, und ist nun der Meinung, ihn noch zu züchtigen." Fest stehe: der Schnitter habe eine Anzahl gehöriger Prügel bekommen, aber es sei keine besonders rohe Mißhandlung im technischen Sinn. Bezüglich der Hundepeitsche, des zweiten Riemens, des Ausziehens sei nur der Angeklagte glaubwürdig, nicht der Schnitter. Vorliegender Stock sei kein gefährliches Werkzeug, ein nachteiliger Schade sei dem Schnitter nicht entstanden, nur Schmerzen. Freilich durfte der Angeklagte nicht selbst den Richter spielen. Es sei eine außerordentliche Geschmacklosigkeit und Unerquicklichkeit, wenn ein deutscher Herr den Prügelmeister eines russischen Knechts spiele. Der größte Schade aber sei der, daß wenn schmutzige Wäsche vorlag, es Elemente (!) gäbe, die sie in der Zeitung vor dem Ausland wuschen. Es bleibe also seitens des Angeklagten ein unverantwortliches Beginnen, das mit keinem Wort zu entschuldigen sei.

Aber weil alle Zeugen bekunden, daß der Angeklagte ein guter Herr sei; aus diesen besonderen Gründen, und weil es sich nur um eine Einzelerscheinung sowohl bei dem Angeklagten als bei dem ganzen Stand handle: da frage es sich, ob ihm die Ehre abgesprochen, ob auf Freiheitsstrafe oder auf eine hohe Geldstrafe erkannt werden müsse. Er stelle es ebenfalls ins Ermessen des Gerichts.

Danach hatten die beiden Verteidiger leichte Arbeit. Während der eine höchstens eine kleine Geldstrafe für den Angeklagten haben wollte, beantragte der zweite sogar eine glatte Freisprechung.

Das Gericht sah ein wesentlich anderes Bild, als es der Staatsanwalt als Vertreter der Anklage und die beiden Verteidiger als Vertreter des Angeklagten gesehen hatten. Es verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung hieß es, daß der Schnitter dem Gericht nicht solcherart unzuverlässig erscheinen könne, nach allem, was er sofort damals erzählt habe, ohne sich doch rächen zu wollen. Eine Hundepeitsche sei als Schlagwerkzeug nicht bewiesen, der Reitstock sei aber kein Mittel für gefährliche Körperverletzung. Dagegen liege Freiheitsberaubung vor. Aus Zwang, aus Gehorsam gegen den Dienstherrn, nicht freiwillig, habe sich der Schnitter entkleidet, und außerdem liege Nötigung und Gewalt vor, da Angeklagter vom Schrei des Schnitters an noch weitergeschlagen habe. Zugunsten des Angeklagten spräche, daß der Schnitter wenig Ehrgefühl habe; ein deutscher Arbeiter würde sich das nicht gefallen lassen haben. Aber der ganze Vorgang war entwürdigend; ferner hat Angeklagter es nicht im Affekt, sondern wohlüberlegt getan. Aus allen diesen Gründen mußte auf Freiheitsstrafe erkannt werden, so hart sie auch treffen mag. Es war auch notwendig, auf Grund der „Gleichheit vor dem Gesetz". —

An diese Vorgänge wird man jetzt erinnert durch die Nachricht, daß der Junker v. Oertzen-Roggow begnadigt wurde. Für diesen Schänder des deutschen Namens waren zwei Monate Gefängnis gewiß eine milde Strafe. Aber der junkerliche Sadist hat einflußreiche Freunde. Denen hat er es zu danken, daß die zwei Monate Gefängnis in drei Wochen Festungshaft umgewandelt wurden, die der Begnadigte jedenfalls recht fidel verleben wird. Man kann im Zweifel sein, was aufreizender wirkt, die Brutalität des Junkers oder seine Begnadigung in einer Zeit, in der so viele Ehrenmänner wegen harmloser Vergehen jahrelang hinter Gefängnismauern schmachten müssen.

gezahlt werden, die den angestrebten Sätzen bereits entsprechen, sie sogar zum Teil erheblich überschreiten. Infolge besonderer Umstände sehen sich die Mitglieder der Freien Vereinigung zunächst außerstande, in näherer Zeit oder etwa bereits im Sommer die Lohnforderungen berücksichtigen zu können, hoffen aber, später darauf zurückkommen zu können.

Es handelt sich hierbei um die von unsern Berliner Kollegen erhobenen Forderungen, und man muß den Pianofortefabrikanten zugestehen, daß sie die Ablehnung der Forderung in recht schöne Worte gekleidet haben. Nur ist es den Arbeitern durchaus nicht um schöne Worte, sondern um eine Erhöhung ihrer unzureichenden Löhne zu tun. Sie werden sich deshalb mit schönen Redensarten und Vertröstungen auf eine unbestimmte Zukunft nicht abspeisen lassen. Wenn es aber den Berliner Pianofortefabrikanten zum Trost gereichen sollte, dann können wir ihnen mitteilen, daß sie nicht allein höhere Löhne zahlen sollen. Zunächst ist kein Grund einzusehen, weshalb unsere in den Berliner Pianofortefabriken beschäftigten Kollegen auf eine Lohnerhöhung verzichten wollen, die den Kollegen in den übrigen Betrieben der Holzindustrie bereits zugestanden ist. Das Bedürfnis für eine Erhöhung der unzureichenden Löhne ist aber auch in den übrigen Orten bei den Holzarbeitern allgemein. Vielfach sind sie auch bereits an die Unternehmer herangetreten, und ihre Forderungen richten sich auch keineswegs an die Mitglieder einer Unternehmerorganisation allein, sondern an die Inhaber der Betriebe der Holzindustrie in ihrer Gesamtheit. Den Pianofortefabrikanten wird es dabei gut anstehen, wenn sie sich nicht unnötig zieren, sondern gleich den Mitgliedern der übrigen Unternehmerverbände der Holzindustrie mit unseren Kollegen in Verhandlungen eintreten. Das Bedürfnis ist dringend und kann durch einen Wechsel auf eine unbestimmte Zukunft nicht befriedigt werden.

Aus der Holzindustrie.

Verschmelzung der Verbände der Pianofortefabrikanten.

Am 6. August findet in Leipzig die ordentliche Hauptversammlung des Vereins Deutscher Pianofortefabrikanten" (Sitz Leipzig) statt. Sie wird sich unter anderem mit dem Antrag des Herrn Grotrian in Braunschweig beschäftigen, der dahin geht, „es möge Beschluß gefaßt werden, den Verein Deutscher Pianofortefabrikanten (Sitz Leipzig) mit der Freien Vereinigung Deutscher Pianofortefabrikanten (Sitz Berlin) zu einem Verband zusammenzuschließen und den Vorstand zu beauftragen, das Erforderliche zu veranlassen".

Aus der Organisation der englischen Möbelarbeiter.

Das „Bulletin" der Internationalen Union der Holzarbeiter veröffentlicht Auszüge aus den letzten ihm zugegangenen Monatsberichten des „Britischen Möbelarbeiter-Verbandes". Dieser Veröffentlichung entnehmen wir das Folgende:

In dem Bericht für November 1917 weist der Generalsekretär Gossip die zunehmenden Bestrebungen zurück, die in England jetzt, vor allem durch Gründung zahlreicher Verbände, den Zweck verfolgen, den klassenkämpferischen Charakter der Arbeiterbewegung zu verwischen. Verbände wie die „National Alliance of Employers and Employed" (Nationalverband von Arbeitgebern und Angestellten), „British Worker's League" (Britische Arbeiterliga), „Industrial League" usw. hätten lediglich den Zweck, die Interessen der Unternehmer zu fördern.

Mit der schottischen Möbelfabrikanten-Vereinigung wurde am 20. November eine Vereinbarung getroffen, daß die von dieser Organisation eingeführte Frauenarbeit in der Stuhlfabrikation von ihr nur als zeitweilige Kriegsmaßnahme aufgegriffen wurde, die aber rückgängig gemacht wird, sobald die Organisation die erforderlichen männlichen Arbeitskräfte zu beschaffen in der Lage ist.

Im parlamentarischen Bericht protestiert O'Grady gegen die neuen Regierungsbeschlüsse, die jede Friedenspropaganda, auch einfache Berichte über die Tätigkeit pazifistischer Vereinigungen, in der Presse verbieten. O'Grady weist darauf hin, daß er in Frankreich und Rußland sich damit gerühmt habe, daß England noch immer das freieste unter den kriegführenden Ländern sei. Diese Freiheitsbeschränkungen seien aber durch keine Notwendigkeit im Kampfe gegen die Autokratie und den Militarismus zu rechtfertigen, und daher hätten die Trade-Union-Vertreter des Unterhauses gegen sie protestiert.

Der Bericht für Dezember 1917 erwähnt die fortlaufenden Bemühungen um Einschränkung der Arbeiterrechte und Verfolgung der aus Gewissensskrupel den Krieg Bekämpfenden, wogegen der Geschäftsführende Ausschuß verschiedentlich zu protestieren Gelegenheit nahm, wie er auch die jetzt allenthalben auftauchenden Anregungen zur Organisation einer Versöhnung von Kapital und Arbeit entschlossen weiter zu bekämpfen verspricht.

Im Bericht für den Monat März 1918 wird über die Lage des Gewerbes mitgeteilt, daß von 117 Zahlstellen Berichte eingelaufen sind, wovon 70 die Lage als gut, 34 als ziemlich gut, 3 als schwankend, 6 als ruhig, 4 als schlecht bezeichnen. In Irland wurden drei neue Zahlstellen des Verbandes gegründet.

Von der Zahlstelle Hendon wird ein Protestschreiben angeführt, in dem diese gegen die wiederholte Inhaftierung und Bestrafung sogenannter „conscientions objectors" (aus Gewissensbedenken den Militärdienst Verweigernder) protestiert, als gegen eine Verletzung nicht nur der Gewissens- und Gedankenfreiheit, sondern auch der Bestimmungen des Militärdienstgesetzes. Außerdem wird vom Ausschuß eine Umfrage über das Mannschaftsgesetz eröffnet. Die Zahlstellen werden ersucht, über die Frage „Sind Sie für das von der Regierung vorgeschlagene Mannschaftsgesetz?" mit Ja oder Nein abzustimmen. O'Grady erstattet Bericht über die schon bekannten Parlamentsvorgänge und nimmt den Nahrungsmittelkontrolleur gegen die Vorwürfe der Unzulänglichkeit, im Hinblick auf die zu überwindenden Schwierigkeiten, in Schutz.

Die Flugzeugarbeiter-Korporation brachte in der Maschinistengruppe Nr. 63 folgende Resolution ein, die dort einstimmig angenommen wurde: „Der ausführende Ausschuß möge der Gesamtheit der Mitglieder des Verbandes den Beschluß unterbreiten, daß wir, die große Masse der N. A. F. T. A., mit der großen Masse der übrigen gewerkschaftlichen Verbände darin einig gehen, einen sofortigen Waffenstillstand auf allen Fronten mit sofort darauffolgenden Verhandlungen über einen Volksfrieden zu verlangen. Um dies Ziel zu erreichen, soll der Ausschuß, sobald er die Zeit für angemessen hält, eine sofortige Arbeitsniederlegung der Mitglieder veranlassen. Eine Abstimmung soll über die Stimmung der Mitglieder Klarheit schaffen." Der Ausschuß erklärt, diesen Beschluß einer Erwägung unterziehen zu wollen.

In bezug auf die internationalen Beziehungen berichtet Kollege Bramley, daß die alliierte Sozialistenkonferenz in London, der er beiwohnte, einen großen Fortschritt in der Richtung einer internationalen Verständigung bedeutete. Die Arbeiter der Ententeländer wüßten jetzt, wofür sie kämpften. Es sei nunmehr Sache der Arbeiter der Zentralmächte, zu erklären, ob sie die Kriegszielerklärung der besagten Konferenz anzunehmen bereit wären. Unter diesen Umständen könne dann eine internationale Konferenz einberufen werden. Könne auf dieser Konferenz eine Verständigung erzielt werden, dann sollen die Regierungen von Europa aufgefordert werden, diese Kriegsziele entweder anzuerkennen oder gewärtig zu sein, daß die vereinten Kräfte der Arbeiterdemokratien international gegen den Krieg zusammenwirken.

Uebrigens ist der Bramleysche Bericht sein letzter für die Organisation. Durch sein neues Amt als zweiter Sekretär im parlamentarischen Komitee des Gewerkschaftskongresses ist die Fortführung seiner bisherigen Tätigkeit in der Organisation ihm nicht mehr möglich. Für seine sechsjährige erfolgreiche Tätigkeit für den Verband spricht das Verbandsorgan ihm den besten Dank aus.

Gewerkschaftliches.

Der Aufstieg der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1917 ist noch nicht erschienen, doch ergibt sich aus den Veröffentlichungen der einzelnen Zentralverbände, daß der durch den Krieg verursachte Rückgang in der Mitgliederzahl der Gewerkschaften im wesentlichen überwunden ist, und daß es im Jahre 1917 wieder rüstig vorwärtsging. Dem „Correspondenzblatt" der Generalkommission lagen schon die Schlußziffern vor, und es konnte bereits vor einigen Wochen die folgenden Zahlen über die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften veröffentlichen:

Jahr Ende	Mitgliederzahl	Davon männl. Mitgl.	weibl. Mitgl.
1913	2 525 042	2 296 777	228 265
1914	1 502 911	1 311 179	191 732
1915	994 853	819 872	174 981
1916	944 575	742 665	201 910
1917	1 275 345	942 513	332 832

Seit Ende 1913 war die Mitgliederzahl bis Ende 1916 um 1 580 467 oder 62,5 Prozent zurückgegangen, und zwar betrug der Verlust bei den männlichen Mitgliedern 1 554 112 oder 67,6 Prozent, bei den weiblichen 26 335 oder 11,5 Prozent. Der größte Teil der verlorengegangenen männlichen Mitglieder ist zum Heeresdienst einberufen, doch haben die Gewerkschaften noch darüber hinaus Verluste erlitten. Der Aufschwung, den das Jahr 1917 gebracht hat, hat bewirkt, daß bei den Arbeiterinnen der seit Kriegsbeginn erlittene Verlust nicht nur ausgeglichen, sondern der Stand in der Vorkriegszeit weit überschritten ist. Aber auch die Zahl der männlichen Mitglieder hat eine Steigerung erfahren, doch bleibt am Schluß des Jahres 1917 immer noch ein Verlust von 1 354 264 zu decken, ehe der Stand am Ende des Jahres 1913 wieder erreicht ist.

Die günstige Entwicklung hat auch im laufenden Jahre angehalten. Kürzlich konnte das „Correspondenzblatt" auf Grund der Ergebnisse der von der Generalkommission veranstalteten Erhebungen über den Stand der Zentralverbände mitteilen, daß die angeschlossenen Verbände (ohne die Verbände der Chorsänger und der Eisenbahner) am Schluß des ersten Quartals 1918 zusammen 1 336 519 Mitglieder, darunter 981 783 männliche und 354 786 weibliche, zählten. Gegen das 4. Quartal 1917 hat sich die Mitgliederzahl um 59 887 = 4,7 Prozent vermehrt.

Die seit Anfang des Vorjahres eingetretene kräftige Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl der Zentralverbände, die sich mit den besten Entwicklungsperioden der Gewerkschaften messen kann, berechtigt zu den schönsten Hoffnungen für die künftige Machtentfaltung der Gewerkschaften nach dem Kriege. An Unterstützungen verausgabten die Verbände seit Beginn des Krieges bis 31. März 1918 zusammen 72 272 715 Mk. Davon kommen auf Arbeitslosenunterstützung 25 435 589 Mk. und auf die Unterstützungen für Familien von Kriegsteilnehmern 26 205 493 Mk. Der erheblichste Teil der Arbeitslosenunterstützung, und zwar 21 558 086 Mk., wurde im ersten Kriegsjahr verausgabt.

Teurungszulagen im Buchbindergewerbe.

Am 9. und 10. Juli haben in Leipzig Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen der beiderseitigen Organisationen über erhöhte Teurungszulagen stattgefunden. Der Tarifgemeinschaft der Buchbinder, der bisher nur die Städte Berlin, Leipzig und Stuttgart angehörten, haben sich nun auch die Münchener Unternehmer angeschlossen. Vereinbart wurde eine Zulage, die in zwei Raten, am 16. August und am 30. November, zu gewähren ist. Unter Einrechnung der seither gewährten Zulagen soll die Gesamtteurungszulage steigen: in Berlin auf 30,50 Mk. bzw. 35,50 Mk. für Verheiratete, auf 28,50 Mk. bzw. 33,50 Mk. für Ledige. In Stuttgart und Leipzig steigen die Zulagen auf 27 und 32 Mark bzw. 25 und 30 Mk. In München auf 25 und 30 Mk. bzw. 23 und 28 Mk. In ähnlicher Weise sind die Zulagen für die Arbeiterinnen geregelt. Die neuen Zulagen betragen insgesamt für die männlichen Arbeiter 14,50 Mk. bis 21 Mk., für die weiblichen 8 bis 11 Mk. wöchentlich.

Verbandstag der Schuhmacher.

Der Schuhmacher-Verband hielt in der Zeit vom 8. bis 12. Juli seinen Verbandstag, den zweiten während der Kriegszeit. Ueber die abgeschlossenen Reichstarife wurde sehr lebhaft diskutiert. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Bedeutung der Verträge voll anerkannt, aber zum Ausdruck gebracht wird, daß die vereinbarten Löhne in vielen Fällen den Bedürfnissen nicht entsprechen, und in der bedauert wird, daß keine weitere Verkürzung der Arbeitszeit erreicht und die Ferienfrage nicht geregelt wurde.

Ueber den Kreis der Nächstbeteiligten hinaus erregten die dem Verbandstag vorliegenden Anträge auf Sperrung der Beiträge an die Generalkommission Interesse. Um so mehr, als sowohl der Vorsitzende des Verbandes, Simon, wie der Redakteur des Fachblattes, Bock, Mitglieder der Reichstagsfraktion der Unabhängigen sind. Der Antrag fand eifrige Befürworter, aber auch energische Gegner, die zugleich die Haltung des Fachblattes scharf kritisierten. Gegen das Fachblatt wurde der Vorwurf erhoben, daß es kein gewerkschaftliches Blatt sei, sondern eine politische Zeitung, welche vom Standpunkt der Unabhängigen die Sozialdemokratische Partei gehässig bekämpfe. Der Vorsitzende Simon fand die eingebrachten Anträge erklärlich, er wandte sich aber entschieden gegen sie; die Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaften müsse unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Den Redakteur des Fachblattes nahm Simon in Schutz; man könne ihm nicht verbieten, gegen die Politik der Generalkommission Stellung zu nehmen. Seine Artikel seien meist herausgefordert worden durch Angriffe der Gegenseite. Auch der Redakteur Bock verteidigte seine Redaktionsführung, und der Vorsitzende des Ausschusses, Haupt (Magdeburg), richtete scharfe Angriffe gegen die Generalkommission. Der Antrag auf Sperrung der Beiträge wurde mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde eine von Bock eingebrachte Resolution angenommen, in der es heißt, es widerspreche den Grundsätzen der Demokratie, wenn einzelne Mitglieder, Vertreter der Mitgliedschaften oder Organisationsleitungen versuchen, die Gewerkschaften auf eine Politik zu verpflichten, die mit den anerkannten Grundsätzen in Widerspruch steht, und die von der Mehrheit der Mitglieder nicht beschlossen worden ist. Zum Schluß sagt die Resolution: „Mehr denn je ist in der Zukunft die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Organisation unerläßliche Voraussetzung ersprießlicher gewerkschaftlicher Arbeit."

In der Beitragsfrage hatte der Vorstand vorgeschlagen, vier Beitragsklassen mit Beiträgen von 40, 60, 80 und 100 Pf., je nach der Verdienststufe, einzuführen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Die Beiträge wurden von 35, 50 und 65 Pf. auf 50, 70 und 90 Pf. erhöht. Hiervon bleiben den örtlichen Verwaltungen 7, 10 und 13 Pf. Die Unterstützungen wurden entsprechend erhöht. Die neuen Beiträge werden vom 1. Oktober 1918 an erhoben, die erhöhten Unterstützungen vom 1. Oktober 1919 an gezahlt.

Die Gehälter der Angestellten wurden ab 1. Januar um 120 Mk. und vom 1. Juli an um 150 Mk. im Monat erhöht. Außerdem wurde eine Pensionseinrichtung für die Angestellten geschaffen. Die Angestellten haben nach fünfjähriger Tätigkeit Anspruch auf ein Invalidengeld von 1800 Mk. im Jahr, welches nach 15jähriger Dienstzeit auf 2100 Mk. und nach 20jähriger Dienstzeit auf 2400 Mk. steigt. Im Todesfall erhält die Witwe des Angestellten jährlich 1200 Mk. und für die Kinder unter 16 Jahren je 200 Mk.; zusammen höchstens 1800 Mk. Bei längerer Dienstzeit des Angestellten erhöht sich die Witwenpension entsprechend. — Die seitherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

Der Schneider-Verband beruft einen ordentlichen Verbandstag auf den 14. Oktober und die folgenden Tage nach Gotha. Auf der vorläufigen Tagesordnung steht u. a. Aenderung des Beitrags- und des Unterstützungswesens, ferner Lehrlingsfragen und die Schneiderei in der Uebergangswirtschaft.

Unternehmerbewegung.

Unternehmer und Arbeitskammergesetz.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat sich in seiner am 12. Juli in Berlin gehaltenen Tagung unter anderem auch mit dem Arbeitskammergesetz beschäftigt. Er nimmt dem Arbeitskammergesetzentwurf gegenüber grundsätzlich eine ablehnende Haltung ein. Für den Fall, daß das Gesetz zustande komme, müsse die Industrie auf folgenden Mindestforderungen bestehen: Fachliche Gliederung, Abstufung des Wahlrechts, Nichtöffentlichkeit der Verhandlungen, ausreichende Bürgschaften für völlige Unparteilichkeit des Vorsitzenden, der die Verhandlungen lediglich zu leiten, aber kein Stimmrecht auszuüben habe. Es müsse mit aller Bestimmtheit erwartet werden, daß die Regierung (Reichswirtschaftsamt) an ihrem Widerspruch gegen den örtlichen Aufbau und die Errichtung besonderer Arbeitnehmerabteilungen unbedingt festhalte.

Vergleicht man diese Mindestforderungen der Scharfmacher mit dem Verhalten der Regierung in der Kommission für das Arbeitskammergesetz, dann erkennt man unschwer, woher die Regierung ihre Rückenstärkung gegenüber den Arbeiterforderungen bezieht. Die im Zentralverband organisierten Scharfmacher sind grundsätzliche Gegner der Arbeitskammern; sie wollen sich mit ihnen nur abfinden, wenn sie bedeutungslose Gebilde werden. Die Anlehnung der Regierung an die Scharfmacherwünsche läßt den Verdacht aufkommen, wie sie der Zentralverband der Industriellen zu, daß sie den Arbeitern eine taube Nuß bietet. An Arbeitskammern wie sie der Zentralverband der Industriellen zugestehen will, hat aber die Arbeiterschaft kein Interesse.

Der Deutsche Industrie-Schutzverband.

In der kürzlich in Dresden abgehaltenen Generalversammlung des Industrie-Schutzverbandes erstattete der Verbandsdirektor Größner den Jahresbericht, aus welchem ersichtlich ist, daß sich der Verband im letzten Jahr stark entwickelt hat. In dem veröffentlichten Bericht heißt es: „Die Zahl der Einzelmitglieder stieg durch Neuaufnahme von 68?

Firmen bis Ende 1917 auf 6800 und hat sich inzwischen weiter auf 7130 Betriebe erhöht. Durch Hinzutritt von 12 Verbänden hob sich im Berichtsjahr die Zahl der dem Industrie-Schutzverband angeschlossenen selbständigen industriellen Verbände auf 262, deren Mitgliederkreis weit über 40 000 Betriebe umfaßt. Aus Anlaß von Arbeiterbewegungen war die Mitwirkung des Verbandes während des Berichtsjahres in 495 Fällen erforderlich, von denen 419 im Wege friedlicher Verständigung erledigt werden konnten und nur 76 zum Ausstand führten. Seine beratende und unterstützende Tätigkeit erstreckte der Verband auch im vergangenen Jahr wieder über seine engeren Aufgaben hinaus auf die verschiedensten Gebiete der Kriegswirtschaft und Fürsorge, u. a. auf Nahrungsmittelversorgung für die Arbeiterschaft, Zuweisung von Rohstoffen, Erwirkung von Heeresaufträgen, Vermittlung von Soldaten als Arbeiter, Ausfuhrbewilligungen, Unterstützung berechtigter Reklamationsgesuche bei Militärbehörden, Befürwortung der Beurlaubung von Kriegsdienstpflichtigen usw."

Das wichtigste Tätigkeitsgebiet des Industrie-Schutzverbandes ist die Streikversicherung. Der Verband entfaltet eine sehr rege agitatorische Tätigkeit, die, wie die oben wiedergegebenen Zahlen aus dem Geschäftsbericht erkennen lassen, nicht erfolglos ist. In einem neuerdings herausgegebenen Rundschreiben des Industrie-Schutzverbandes heißt es:

„Im vierten Kriegsjahr ist die Zahl der Arbeiterbewegungen eine noch höhere als im vorangegangenen gewesen, so daß wir andauernd dafür in Anspruch genommen waren. Der Ausbruch von Streiks konnte wegen der dabei in Frage kommenden besonderen Umstände nicht in allen Fällen verhindert werden, so daß für das Jahr 1917 auch beträchtlichere Entschädigungen zu leisten sind. Die Vorgänge aus jüngster Zeit sind bekannt. Auch dabei sind wir in größerem Maße für Entschädigungen in Mitleidenschaft gezogen. Der Mangel an Arbeitskräften und vor allem die schwierigen Ernährungsverhältnisse werden weiterhin ungünstige Wirkungen ausüben.

Jedenfalls läßt sich schon jetzt erkennen, daß nach Beendigung des Krieges besonders schwierige Arbeiterverhältnisse eintreten werden. Die Gewerkschaften sind nicht — wie hier und da vermutet wird — durch den Krieg geschwächt worden; ihre finanziellen Kräfte sind mindestens nicht geringer geworden (durch die von fast allen Gewerkschaften durchgeführten Beitragserhöhungen werden sie weiter erheblich gesteigert), während es ihnen möglich war, ihren Einfluß auf den verschiedensten Gebieten in ungeahntem Maße zu verstärken. Die in Ausnützung politischer Schwierigkeiten erlangten Zugeständnisse, wie sie in gesetzgeberischen Maßnahmen bereits zu verzeichnen und demnächst weiter zu erwarten sind, beeinflussen die Arbeitgeberinteressen in stärkstem Maße . . . Die Gewerkschaften haben außergewöhnlich starken Mitgliederzuwachs — nach den Bekundungen der Führer besonders infolge der Wirkungen des Hilfsdienstgesetzes — zu verzeichnen.

Demgegenüber ist der Ausbau der Arbeitgeberorganisationen eine gebieterische Notwendigkeit. Wir bitten unsere Mitglieder erneut, unsere hierauf gerichtete Tätigkeit mit allen Kräften unterstützen und auf den Anschluß von Berufsgenossen und Bekannten aus anderen Branchen hinarbeiten zu wollen. Auch unsere Mitgliederzahlen sind weiter beträchtlich gestiegen, die der angeschlossenen Einzelmitglieder auf etwa 6900. Aber noch recht viele Industrielle sollten sich über den Wert des Anschlusses an eine leistungsfähige Organisation zur Vertretung ihrer Arbeitgeberinteressen klar werden!"

Es ist das gute Recht der Unternehmer, ihre gegen die Arbeiter gerichteten Kampforganisationen auszubauen. Die Gewerkschaften dürfen aber nicht dahinter zurückbleiben. Solche Aufrufe zur Ausgestaltung von Unternehmerverbänden müssen für die Arbeiter ein Ansporn sein, in der Arbeit für die Ausbreitung der Gewerkschaften nicht zu erlahmen.

Eingesandt.

Ein Nachwort zum Verbandsjubiläum.

Durch meine militärische Laufbahn komme ich leider etwas verspätet dazu, einige Bemerkungen zu unserm Verbandsjubiläum zu machen. Mit Befriedigung habe ich alle Artikel in der Festnummer der „Holzarbeiter-Zeitung" studiert, welche alle Beweise dafür ablegen, daß wir mit Stolz und Freude zu unserer Organisation aufblicken können. Von allen Kollegen wurde das unermüdliche Schaffen und Drängen nach vorwärts betont, gleich einem heißen Ringen um den Ehrenpreis. Ich freue mich herzlich über diese geistige Regsamkeit und den Fleiß, mit dem all die großen und schönen Taten der verflossenen Jahre festgestellt wurden. Trotzdem möchte ich mir erlauben, noch auf einen Umstand ganz besonders hinzuweisen, welcher nach meiner Ueberzeugung mit dazu beitrug, daß wir heute als festes und unerschütterliches Bollwerk dem Unternehmertum gegenüber dastehen. Ich meine damit unsere Führung oder besser gesagt unsern Verbandsvorstand.

Wer das Schaffen und Arbeiten dieser Kollegen in den letzten zehn Jahren aufmerksam und ohne jede Voreingenommenheit genau verfolgt hat, der wird ohne weiteres zugeben müssen, daß wir unsere heutige Stärke und unsere großen Erfolge diesen Kollegen zum großen Teil mit zu verdanken haben. Ich möchte nur an die Riesenarbeit der Tarifverträge und alles, was damit zusammenhängt, erinnern. Was für Strapazen, Aufregungen und Enttäuschungen hat diese Arbeit für unsere Vorstandsmitglieder abgesetzt, aber sie haben tapfer und treu ausgehalten. Es waren oft schwierige Probleme zu lösen, trotzdem wurden sie zu unserer Zufriedenheit von ihnen überwunden. Tage und Nächte wurde mit einem Opfermut, mit zäher Ausdauer und ehrlicher Ueberzeugung jeder Vorteil Schritt für Schritt erkämpft, bis das Riesenwerk vollbracht war.

Aber nicht nur allein bezüglich der Tarifverträge wurde Außerordentliches geleistet, auch in allen anderen Punkten hat unser Vorstand stets dazu beigetragen, das Ansehen unseres Verbandes nach jeder Richtung hin zu erhöhen. Es war überall das ehrliche Bestreben zu verzeichnen, unsere Mitglieder auf Bahnen zu leiten, welche es ihnen ermöglichen sollten, sich körperlich und geistig mit ihren Mitmenschen messen zu können. In dieser Beziehung hat sich wohl Kollege Leipart das höchste Verdienst erworben. Durch sein unermüdliches Arbeiten hat er den Mitgliedern soviel geistige Nahrung zugeführt, daß sie ohne weiteres auf eine höhere Kulturstufe geführt wurden. Ich will hier nicht mit Beispielen aufwarten, es hatte jeder Kollege Gelegenheit genug, sich in dem letzten Jahrzehnt von der Wahrheit dieser Angaben selbst zu überzeugen. Es liegt mir auch fern, mich in persönliche Lobhudeleien zu ergehen, aber ich meine, in diesen Tagen der Jubiläumsbegeisterung ist es wohl angebracht, der noch lebenden Kollegen mit Dank und Anerkennung zu gedenken, welche in musterhafter Weise ihre ganze Person in den Dienst unserer Sache gestellt haben. Mögen uns diese braven und heldenmütigen Kollegen noch recht lange erhalten bleiben.

Ich weiß wohl, daß nicht alle Kollegen mit mir übereinstimmen werden, der Krieg und die dadurch gekommene Spaltung in der Partei hat auch viel Erregung und Mißstimmungen in unsere Reihen getragen. Es steigen verschiedene Zweifel auf und schlimme Gefahren umschleichen den Bau, welchen wir durch jahrzehntelange vereinte und mühevolle Kämpfe geschaffen und befestigt haben. Die Luft ist mit Sprengstoffen geschwängert; es ist deshalb notwendig, daß wir alle Kräfte zusammennehmen, um unsere Aktionskraft nicht selbst zu untergraben. Mögen deshalb alle zweifelnden Kollegen sich in Ruhe vor Augen führen, daß unsere Führer bis jetzt, stets von sozialistischen und demokratischen Grundsätzen beseelt, ihre Aufgabe erfüllten. Und wie jeder Vertrauensmann und jede Verwaltung, mögen sie noch so gewissenhaft ihre Pflicht erfüllen, dennoch oft in Mißkredit bei ihren Mitgliedern kommen, so auch der Vorstand. Geloben wir uns deshalb, alle Hindernisse in Ruhe und Sachlichkeit zu beseitigen, damit wir nach abermals 25 Jahren Verbandstätigkeit schreiben können, unser Verbandsschifflein ist sicher durch alle Stürme gelenkt worden und hat seinen Mitgliedern ein Land der edlen Kultur und Menschenwürde geschaffen. H. Dörfer (Fürth), zurzeit in Urlaub.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Auf der Walze. Aufzeichnungen eines Handwerksburschen. Von Albert Stößner. Selbstverlag des Verfassers, Wandsbeck, Lübecker Straße 14b. Preis 1 Mk.

Es ist kein „dufter Kunde", der hier seine Erfahrungen zum besten gibt. Der Verfasser ist in seinen jungen Jahren einige Zeit als Handwerksbursche gereist, und er gibt seine Erlebnisse hübsch ausgeschmückt wieder. Das Buch ist flott geschrieben und wird besonders in den Kreisen Interesse erregen, die das Handwerksburschenleben nur vom Hörensagen kennen.

Weltkrieg und Angestelltenbewegung. Von S. Aufhäuser. 6. Band der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin. Preis kart. 2 Mk., geb. 3 Mk.

Kosmos, Handweiser für Naturfreunde. Herausgegeben und verlegt vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde. Geschäftsstelle: Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart. Preis halbjährlich (jährlich 12 Hefte und 4 Buchbeilagen) 3,60 Mk.

Haus, Garten, Feld. Ein Führer durch Garten, Haus und Hof für Garten- und Blumenfreunde, Tierzüchter und Tierfreunde, Haus und Familie. Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart. Vierteljährlich 6 Hefte. Vierteljahrspreis 1 Mk.

Gestorbene Mitglieder.

Richard Walter, Tischler, 55 Jahre, gest. in Weida (Thür.).
Julius Langer, Schreiner, 73 Jahre, gest. in Kassel.
Christian Eberlein, Schreiner, 57 Jahre, gest. in Kassel.
Johannes Siebert, Schreiner, 56 Jahre, gest. in Kassel.
Sybilla Schröter, Vergolderin, 22 Jahre, gest. in Köln.
Franz Grafe, Tischler, 59 Jahre, gest. in Leipzig.
August Dreiße, Tischler, 68 Jahre, gest. in Leipzig.
Friedrich Raack, Tischler, 20 Jahre, gest. in Leipzig.
Ernst Reinke, Tischler, 20 Jahre, gest. in Köslin.
Aug. Spanowsky, Drechsler, 40 Jahre, gest. in Priebus.
Georg Heerlein, Tischler, 33 Jahre, gest. in Harburg (Elbe).

Ehre ihrem Andenken.

Einige **tüchtige Tischler** gesucht. Gebr. Heiß, Hamburg, Ellerntorsbrücke 7, II.

Tischlergesellen (eventuell Kriegsbeschädigte) auf einfache Möbelarbeit für dauernde Beschäftigung gesucht. C. W. Fricke Sohn, Holzindustrie, Nienburg (Weser).

Mehrere Möbelschreiner auf bessere Eichenmöbel suchen sofort Gebr. Clemens, Saarbrücken II, Stromstr. 26.

Tischler, im Zeichnen bewandert, zur selbständigen Leitung einer Werkstatt von zwölf Bänken gesucht. J. H. Carstens, Flensburg.

Wir suchen zu sofortigem Eintritt tüchtige **Möbeltischler.** Angebote an Sächs. Kunstmöbel-Industrie Aktiengesellschaft, Auerbach im Vogtland.

20 Möbeltischler, 5 Polierer, 5 Stuhlbauer, 3 Furnierer gesucht. Eugen Reich, Möbelfabrik, Heidelberg, Hauptstraße 144.

Zwei durchaus tüchtige **Tischlergesellen** auf bessere rohe eichene Möbel für sofort gesucht. Erich Boche, Baruth (Mark).

Meister für die Stuhlfabrikation gesucht, der imstande ist, dieselbe zu leiten und groß zu machen. Gefällige Angebote an C. Zonderman G. m. b. H., Düsseldorf.

Durchaus tüchtiger und im Herstellen von Profilmessern **selbständiger Fräser** sofort gesucht. Stuttgarter Möbelfabrik Georg Schöttle, Stuttgart-Berg.

Schreiner und Stellmacher zu sofort gesucht. F. Stille, Fahrzeugfabrik, Münster (Westf.).

Tüchtiger Drechsler für kleine Ovalrahmen bis Größe 15×20 sofort gesucht. H. Stankiewitz, Langensalza (Thür.).

Holzdrechsler, bevorzugt wird Ovaldreher, sowie **Maschinenarbeiter, Fräser** sucht F. Schmer, Holzwarenfab., Bamberg (Bayern).

Tüchtige Polierer, Feiler und Schleifer sucht A. Schülke Nachf., Stockfabrik, Berlin SW. 68, Lindenstr. 16/17.

Tüchtige Schleifer, Polierer und Zusammensetzer stellen ein C. & L. Redlich, Stockfab., Berlin, Ritterstr. 75.

20 Korbmacher auf Feldpatronenkörbe und auf 98er Munitionskörbe für sofort gesucht. Gebr. Emmert, Rothenburg o. T. (Bayern).

Tüchtige Korbmacher auf Geschoßkörbe werden gesucht. Adolf Holland, Plauen (Vogtland), Karlstr. 7.

Korbmacher auf 98er Munitionskörbe sucht Wilh. Schüller, Korbmachermeister, Wittenberg (Bez. Halle), Berliner Str. 56.

Tüchtigen Bohrer auf Bürstenhölzer sucht Oskar Endmann, Berlin N., Bernauer Str. 79.

Mittlere Pfeifenfabrik für kurze Pfeifen oder Maschinen zur Herstellung dieser Pfeifen wie Support- und Fasson-Drehbänke gegen Barzahlung zu kaufen gesucht. Beteiligung an bestehender Fabrik nicht ausgeschlossen. Ang. erb. unter H. B. 5219 an Rudolf Mosse, Hamburg.

Gebogene Hölzer aller Art
Spezialität Sportschlittenkufen, liefert
MAX WALTHER
Dresden 22, Rehefelder Strasse 51.
Bei Anfragen Angabe der Stückzahl erbeten.

Werkzeug-Neuheiten. Preislisten gratis und franko! Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelnerstr. 31.

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD
Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen
Beschickt von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen - Auskunft durch die Direktion: B. Kolscher

Volkserzählungen von Tolstoi, gebunden 80 Pf. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband

Wochenbericht vom Sonnabend, 13. Juli, bis Freitag, 19. Juli 1918.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bautischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	8	—	34	53	15	53	27	—	45	15	—	22	—	—	5	74	—	100	177	15	259
Bremen	5	1	—	4	6	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	8	—
Breslau	—	2	1	2	8	—	2	2	—	—	2	—	—	—	—	1	6	—	5	20	1
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	—	2	—	—	22	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	3	27	—
Eilenburg	—	—	—	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	2	3	9
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	—	3	—	8	91	—	7	8	—	1	5	1	—	1	—	7	8	1	23	118	—
Lübeck	1	2	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	10	—
Zusammen	14	10	35	69	153	53	41	11	45	16	7	23	—	1	5	82	17	110	222	199	270
Vor. Woche	15	10	47	68	181	55	20	16	61	17	7	19	1	3	5	83	28	114	204	245	301

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. in Berlin SO. 16.